



Rathaus

Umschau

Dienstag, 14. August 2018

Ausgabe 154

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder per WhatsApp
unter [muenchen.de/ru-abo](https://www.muenchen.de/ru-abo)*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	2
Meldungen	3
› Kostenloser XXL-Radl-Sicherheitscheck	3
› Neues Programm des Filmmuseums erschienen	3
Antworten auf Stadtratsanfragen	4
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	

Terminhinweise für Medien

Montag, 20. August, 11.40 Uhr, Grünstraße 11

Stadtrat Otto Seidl (CSU-Fraktion) gratuliert der Münchner Bürgerin Erika Sonder zum 100. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 21. August, 20 Uhr, Sitzungssaal im Sozialbürgerhaus, Meindlstraße 16 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 7 (Sendling – Westpark). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit dem Vorsitzenden Günter Keller statt.

Dienstag, 21. August, 18.30 Uhr, Königlicher Hirschgarten, Stadel (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen – Nymphenburg). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit der Vorsitzenden Anna Hanusch statt.

Dienstag, 21. August, 19.30 Uhr, Heidehaus, Admiralbogen 77 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 12 (Schwabing – Freimann).

Dienstag, 21. August, 19.30 Uhr, Gaststätte Gartenstadt, Naupliastraße 2 (nicht rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 18 (Untergiesing – Harlaching).

Meldungen

Kostenloser XXL-Radl-Sicherheitscheck

(14.8.2018) Am Freitag und Samstag, 17. und 18. August, findet am Odeonsplatz jeweils von 12 bis 18 Uhr ein XXL-Radl-Sicherheitscheck zum Thema Kinder- und Lastentransport statt. Gezeigt werden aktuelle Modelle und Möglichkeiten zum sicheren Transportieren von Kindern und Lasten am Fahrrad oder mit dem Fahrrad-Anhänger. Bürgerinnen und Bürger können auf einem Parcours verschiedene Lastenräder und Transportsysteme testen. Außerdem besteht die Möglichkeit, das eigene Fahrrad kostenlos auf dessen Verkehrstauglichkeit hin überprüfen zu lassen. Besonders für Vielfahrer empfiehlt sich eine regelmäßige Kontrolle von Bremsen, Reifendruck und Kette. Wer darin keine Übung hat, bekommt beim Radl-Sicherheitscheck Tipps für die Radinspektion. Kleine Mängel beheben erfahrene Radl-Checker gleich an Ort und Stelle. Zum Service gehören das Nachjustieren von Bremsen und Sattel sowie das Überprüfen von Licht, Reflektoren und Reifendruck. Weitere Informationen und die nächsten Termine der Radl-Sicherheitschecks gibt es auf www.radlhauptstadt.de.

Neues Programm des Filmmuseums erschienen

(14.8.2018) Das neue Programm des Filmmuseums vom 6. September 2018 bis zum 27. Februar 2019 ist fertig und ab sofort unter <https://bit.ly/2nkMPvE> abrufbar. Das gedruckte Programmheft liegt außerdem im Foyer des Filmmuseums, St.-Jakobs-Platz 1, aus. Los geht's im September wieder mit den Internationalen Stummfilmtagen, bei denen auch die neue Restaurierung des Filmmuseums von „ABWEGE“ von G.W. Pabst gezeigt wird. Klaus Kanzog stellt die Kriegsfilme der späten 1950er Jahre von Frank Wisbar vor. Eine große Reihe widmet sich darüber hinaus dem Thema „Zauberkunst und Film“, die gemeinsam mit Zauberkünstlern entwickelt wurde. Diese werden bei manchen Vorstellungen ihre Kunststücke im Kino demonstrieren. Eine weitere Retrospektive gilt Carl Laemmle Junior, dem jungen Produzenten der Universal-Studios, der in den 1930er Jahren so erfolgreiche Filme wie „All Quiet on the Western Front“ (1930) von Lewis Milestone produziert hat, sowie dem Journalisten, Drehbuchautor und Regisseur Will Tremper, der mehrere Filme mit Horst Buchholz gedreht hat. Mit einer Hommage wird zudem an den 80. Geburtstag von Herbert Achternbusch und an den 100. Geburtstag von Ingmar Bergman erinnert.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 14. August 2018

Tram-Nordtangente bis Johanneskirchen schafft Anschluss ins Umland und zum Flughafen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Bettina Messinger, Alexander Reissl, Heide Rieke und Jens Röver (SPD-Fraktion) sowie Sonja Haider und Tobias Ruff (ÖDP) vom 30.1.2018

Kinderkrippe ohne Spülmaschine

Anfrage Stadträtin Alexandra Gaßmann (CSU-Fraktion) vom 13.4.2018

Tram-Nordtangente bis Johanneskirchen schafft Anschluss ins Umland und zum Flughafen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Bettina Messinger, Alexander Reissl, Heide Rieke und Jens Röver (SPD-Fraktion) sowie Sonja Haider und Tobias Ruff (ÖDP) vom 30.1.2018

Antwort Referent für Arbeit und Wirtschaft, Bürgermeister Josef Schmid:

In Ihrem Antrag vom 30.01.2018 baten Sie die Stadtwerke München GmbH (SWM) um die Untersuchung einer Abzweigung von der Trasse der Trambahn in der Cosimastraße mit Linienführung durch die Johanneskirchner Straße und Wendeschleife westlich des S-Bahnhofs Johanneskirchen in einer Machbarkeitsstudie. Das daraus resultierende Ergebnis solle dem Stadtrat vorgelegt werden.

Da diese Prüfung von der Stadtwerke München GmbH/ Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (SWM/MVG) bereits vorgesehen ist, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Die SWM/MVG hat uns hierzu Folgendes mitgeteilt:

„Eine Untersuchung im Rahmen des Projektes der Tram Nordtangente zur Anbindung des S-Bahnhofs Johanneskirchen mittels Abzweigung von der Trasse der Tram St. Emmeram durch die Johanneskirchner Straße erscheint grundsätzlich sinnvoll.“

Gleichzeitig zur Planung der bekannten Linienführung von St. Emmeram bis Romanplatz mit Prüfung einer Anbindung der Tram Nordtangente an die Münchner Freiheit prüfen wir in diesem Rahmen eine weitere Linienführung durch die Johanneskirchner Straße bis zum S-Bahnhof Johanneskirchen.“

Hinweis des RAW:

Mit Beschluss der Vollversammlung am 24.01.2018 (Vorlage Nr. 14-20 / V 10293) wurden die SWM und das Planungsreferat gebeten, eine Variantenbetrachtung (hinsichtlich Streckenvarianten, aber auch im betrieblichen Sinne eines Systemvergleichs Tram – Bus) mit Prüfung von Alternativen durchzuführen. Damit ist u.a. auch die Prüfung des Einsatzes von Elektrobussen verbunden.



Das Ergebnis der Prüfung wird dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

Wir bitten Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen und hoffen, dass Ihr Antrag zufriedenstellend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

Kinderkrippe ohne Spülmaschine

Anfrage Stadträtin Alexandra Gaßmann (CSU-Fraktion) vom 13.4.2018

Antwort Stadtschulrätin Beatrix Zurek:

In Ihrer schriftlichen Anfrage beziehen Sie sich auf die in der städtischen Kinderkrippe Ebenböckstr. 13 im Dezember 2017 aufgetretene Problematik einer defekten Spülmaschine.

Für die gewährte Fristverlängerung bedanke ich mich.

Zu den Fragen, die Sie im Einzelnen stellen, kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Wann ist endlich mit der Lieferung einer neuen Spülmaschine zu rechnen?

Antwort:

Am 18.04.2018 ist die Spülmaschine geliefert, installiert und in Betrieb genommen worden.

Frage 2:

Warum dauert es so lange, bis das Ersatzgerät angeschafft wird?

Antwort:

Bei der am 11.12.2017 in der Kinderkrippe Ebenböckstraße ausgefallenen Spülmaschine handelt es sich um ein Großküchengerät für die gewerbliche Nutzung, das nicht in Elektrofachmärkten erhältlich ist.

Unmittelbar nach dem Ausfall des Gerätes wurde vom Baureferat überprüft, ob eine Reparatur möglich ist. Die Prüfung verlief negativ, so dass daraufhin von der Einrichtungsleitung am 12.12.2017 die Ersatzbeschaffung in Auftrag gegeben wurde. Am 20.12.2017 wurde der Auftrag von RBS-KITA an das Baureferat zur weiteren Bearbeitung übergeben. Das Baureferat hat umgehend die Ersatzbeschaffung eingeleitet. Unter Berücksichtigung der üblichen Bestell- und Lieferfristen für ein derartiges Großküchengerät wurde dem RBS-KITA ein frühestmöglicher Einbautermin ab Mitte März übermittelt.

Um die kontinuierliche Versorgung von Kindertageseinrichtungen trotz Ausfalls von Großküchengeräten zu gewährleisten, besteht grundsätzlich die Möglichkeit, kurzfristig Leihgeräte als provisorische Zwischenlösung

bis zur Lieferung und Einbau des neuen Gerätes abzurufen. Leider wurde in diesem Einzelfall versäumt, einen entsprechenden Abruf für ein derartiges Leihgerät auszulösen. Es hat daher bereits eine entsprechende Verfahrensoptimierung zur besseren Reaktion und Kommunikation stattgefunden: Zukünftig erfolgt immer dann, wenn wegen Ausfalls ein neues Großküchengerät benötigt wird, die Bestellung eines gegebenenfalls erforderlichen Leihgerätes unmittelbar durch das Baureferat. Die Einrichtungsleitungen werden über diese Vorgehensweise durch das RBS informiert.

Frage 3:

Wie hoch sind die Kosten, die für die tägliche Anlieferung des Geschirrs entstanden sind?

Antwort:

Für den Zeitraum vom 12.12.2017 bis zum 09.04.2018 betrug die Gesamtsumme für Anlieferung und Reinigung des Geschirrs 10.229,83 Euro.

In der städtischen Kinderkrippe Ebenböckstraße 13 ist die neue funktionstüchtige Spülmaschine installiert, so dass dort das Problem gelöst ist. Wie bereits in der Antwort zu Frage 2 dargelegt, hat die Stadtverwaltung den Vorgang zum Anlass genommen, eine wirksame Verfahrensoptimierung durchzuführen, damit sich der hier im Einzelfall entstandene Zeit- und Kostenaufwand nicht wiederholt.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Dienstag, 14. August 2018

Elektromobilität:

Kostenloses Aufladen in den Dienststellen für städtische Beschäftigte

Antrag Stadtrats-Mitglieder Ulrike Grimm, Manuel Pretzl und Sebastian Schall (CSU-Fraktion)

Hotelneubau in der Schillerstraße 3/3a

Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Müller, Heide Rieke und Jens Röver (SPD-Fraktion)

„Campus Süd“ – Alte Büroräume anstelle dringend benötigter Wohnbebauung?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei)

München unterstützt Rettung von Flüchtlingen aus Seenot

Antrag Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner und Brigitte Wolf (Die Linke)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl
Stadtrat Sebastian Schall
Stadträtin Ulrike Grimm

ANTRAG

14.08.2018

Elektromobilität: Kostenloses Aufladen in den Dienststellen für städtische Beschäftigte

Die Regelung von Art. 8 Abs. 6 Bayerisches Haushaltsgesetz 2017/2018 wird auch für die Landeshauptstadt München umgesetzt. Den städtischen Beschäftigten und Dritten wird entsprechend der Regelung des Freistaats Bayern ermöglicht, ihre (privaten) Elektrofahrzeuge oder Hybridfahrzeuge an dienstlich zur Verfügung gestellten Ladeeinrichtungen kostenlos aufzuladen. Soweit technisch möglich, soll in allen städtischen Dienststellen, die über ausreichend Parkplätze verfügen, eine entsprechende Ladeinfrastruktur aufgebaut werden. Die städtischen Regularien zur Benutzung von dienstlichen Parkplätzen durch Privatfahrzeuge sind entsprechend zu überarbeiten. Dabei ist auf eine möglichst unbürokratische Umsetzung zu achten.

Begründung:

Die Förderung der Elektromobilität ist ein wichtiger Baustein zur Luftreinhaltung in München. Deshalb sollten alle Möglichkeiten genutzt werden.

Der Freistaat Bayern hat in Art. 8 Abs. 6 Bayerisches Haushaltsgesetz 2017/2018 folgende Regelung aufgenommen:

„Angehörige des öffentlichen Dienstes dürfen ihre privaten Elektrofahrzeuge oder Hybrid-elektrofahrzeuge an Ladevorrichtungen ihrer unmittelbaren Beschäftigungsdienststelle ohne Kostenerstattung elektrisch aufladen, soweit dienstliche Belange dem nicht entgegenstehen. Die Behördenleitung kann Dritten eine entsprechende kostenfreie Stromentnahme gestatten, solange sich die Personen auf Veranlassung der Behörde oder in Zusammenhang mit Aufgaben und Zuständigkeiten der Behörde auf dem Behördengelände aufhalten.“

Diese Regelung sollte schnellstmöglich und möglichst unbürokratisch auch für die Landeshauptstadt München umgesetzt werden. Die städtischen Regularien sind deshalb entsprechend anzupassen.

Der für die Beschäftigten damit verbundene geldwerte Vorteil ist steuerfrei, § 3 Nr. 46 EStG.

Initiative:

Manuel Pretzl, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Sebastian Schall
Stadtrat

Ulrike Grimm
Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 14.08.2018

Hotelneubau in der Schillerstraße 3/3a

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten, zum Neubauvorhaben eines Hotels in der Schillerstraße 3/3a Stellung zu nehmen und ggf. entsprechende planerische Schritte einzuleiten. Dabei sollen vor allem Möglichkeiten eruiert werden, wie die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern aus dem Südlichen Bahnhofsviertel verhindert werden kann und wie somit einer weiteren mono-strukturellen Nutzung im Stadtviertel entgegen getreten werden kann.

Dazu wird das Referat für Stadtplanung und Bauordnung beauftragt, die weitere Umsetzung der bereits formulierten Zielsetzungen für das Südliche Bahnhofsviertel dem Stadtrat vorzustellen und ggf. diese Ziele in die entsprechenden Bebauungspläne zu formulieren. Dazu sollen alle möglichen planerischen Instrumente eingesetzt werden.

Die Mieterinnen und Mieter sollen entsprechend im Erhalt ihres Wohnraums unterstützt werden.

Begründung

Im Südlichen Bahnhofsviertel soll ein weiteres Hotelgroßprojekt in der Schillerstraße 3/3a entstehen. Zum einen wurden und werden Mieterinnen und Mieter, die in den jetzt dort befindlichen Anwesen wohnen, mit teilweise rüden Methoden aus ihren Wohnungen gedrängt. Zum anderen werden offensichtlich auch mittelständische Hotels bereits jetzt unter Druck gesetzt. Weiterhin droht so im Südlichen Bahnhofsviertel eine noch weitere Verdrängung angestammter Strukturen.

Daher sollte nach Möglichkeit versucht werden, die Entwicklung in diesem Viertel zu steuern und die bereits formulierten Zielsetzungen anzupassen.

gez.

Christian Müller
Heide Rieke
Jens Röver

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 14.08.2018

ANFRAGE

„Campus Süd“- Alte Büroräume anstelle dringend benötigter Wohnbebauung?

Der im Jahr 2015 unter Beteiligung des Münchner Stadtrates durchgeführte städtebauliche und landschaftsplanerische Wettbewerb „Gesamtkonzept Campus Süd und Hochhaus an der Baierbrunner Straße“ ist nach der Veräußerung des Grundstücks Areal Campus Süd / Hofmannhöfe Ende 2017, an einen neuen Eigentümer, wohl Makulatur. Jetzt hängen an den ehemaligen Siemens-Bürogebäuden Banner mit der Aufschrift „Büroflächen zu vermieten“. Somit kann wohl nicht mit einer schnellen Bebauung des Grundstücks mit dringend benötigten Wohnungen gerechnet werden. Die neue Situation stellt das Gebiet vor große Herausforderungen. Es ist mit neuen Arbeitsplätzen zu rechnen. Die Zufahrtsstraßen sind jetzt schon überfüllt und die ehemaligen vorhandenen Parkplätze auf dem Areal mittlerweile bebaut.

Wir fragen daher den Oberbürgermeister:

1. Warum wurde der Stadtrat über die neuen Entwicklungen nicht informiert?
2. Was hat der neue Eigentümer mit dem Areal vor?
3. Muss der neue Eigentümer sich nicht an das Wettbewerbsergebnis halten?
4. Gab es auf dem Areal schon eine Nutzungsänderung zur Wohnbebauung? Wenn ja, müsste diese nun wieder rückgängig gemacht werden?
5. Wo will der neue Eigentümer den geforderten Parkraum für die Büroarbeitsplätze nach der Stellplatzsatzung schaffen oder will dieser Stellplätze ablösen?
6. Wie möchte die LHM die jetzt schon überfüllte Infrastruktur in diesem Gebiet entzerren?

Initiative:

Johann Altmann

weitere Fraktionsmitglieder: Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl, Mario Schmidbauer

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 20 770 • bayernpartei@muenchen.de



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, den 13. 8. 2018

Antrag: München unterstützt Rettung von Flüchtlingen aus Seenot

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1) Der Stadtrat der Landeshauptstadt schließt sich der Initiative der NRW-Städte an und erklärt sich bereit, in Seenot geratene Flüchtlinge aufzunehmen. Ziel ist es, das tausendfache Sterben im Mittelmeer zu beenden.
- 2) Oberbürgermeister Dieter Reiter wird gebeten, eine entsprechende Erklärung gegenüber der Bayerischen Staatsregierung und der Bundesregierung abzugeben.

Begründung:

Das Internationale Seerecht verpflichtet alle Schiffe zur Rettung aller Menschen, die in Seenot geraten sind. Dies gilt auch für Migranten und Flüchtlinge. Die Gefahr wächst, dass diese Pflicht zur Lebensrettung immer weiter ausgehebelt wird, weil die Schiffe keinen Anlegehafen mehr finden, in denen die Menschen dann von Bord gehen können.

Am 19. September 2016 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution verabschiedet, der sich alle Staaten angeschlossen haben außer den USA und Ungarn. In dieser „New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten“ heißt es unter anderem: „Wir sind entschlossen, Menschenleben zu retten. Die Herausforderung, der wir uns gegenübersehen, ist vor allem moralischer und humanitärer Natur.“ Und weiter: „Wir bekunden unserer tiefe Besorgnis angesichts der großen Zahl von Menschen, die auf ihrem Weg ums Leben gekommen sind. Wir würdigen die Anstrengungen, die bereits unternommen wurden, um Menschen aus Seenot zu retten.“

Dieser Resolution hat sich auch die Bundesrepublik Deutschland angeschlossen. Die Bereitschaft Münchens, in Seenot geratene Flüchtlinge aufzunehmen, ist ein Beitrag, dieser völkerrechtlichen Verpflichtung nachzukommen.

Brigitte Wolf (DIE LINKE)

Cetin Oraner (DIE LINKE)